Kreisverband Garmisch-Partenkirchen
Kreistagsfraktion

http://www.gruene-gap.de

9. April 2020

Pressemitteilung

Schutz bei häuslicher Gewalt in Zeiten von Covid-19

Durch die Ausgangsbeschränkungen bezüglich der Covid-19 Pandemie erwarten Expert*innen und Fachstellen eine drastische Zunahme an häuslicher Gewalt. Die neue Kreistagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen fordert, nun zügig einfach zugängliche Hilfe- und Schutzmöglichkeiten für betroffene Frauen und Kinder zu schaffen und auf diese verstärkt öffentlich aufmerksam zu machen.

„Durch das enge und permanente Zusammenleben, oft auch auf engstem Raum, aufgrund der Ausgangsbeschränkungen, stehen die Betroffenen unter einer extremen psychischen Anspannung. Viele Frauen - und Kinder schon gleich gar nicht – haben in dieser Situation keine Möglichkeit mehr, sich unbemerkt Hilfe zu holen.“, schildert Veronika Jones, Ex-Bürgermeisterkandidatin und künftige Gemeinde- sowie Kreisrätin die Situation. „Im Rahmen einer digitalen Frauenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen wurden hierfür Handlungsempfehlungen und Unterstützungsansätze erarbeitet. Dazu gehört auch ein Antrag auf Anmietung von Hotels zur Schaffung von Kapazitäten in den Frauenhäusern und für eine verstärkte Bewerbung der Hilfsangebote.“ Diesen Antrag hat Jones als Musterantrag für die kommunalen Gremien entworfen.

Bereits in normalen Zeiten braucht es oft lange, bis sich betroffene Frauen Hilfe suchen und diese annehmen. Die Angebote und Kontaktdaten der Beratungsstellen und Hilfetelefone werden nach Auffassung der Kreistagsfraktion nicht ausreichend beworben. „Wir müssen uns dringend darum kümmern, dass diese Angebote permanent und deutlich beworben werden. Einfach umzusetzen sind Aufkleber mit den Telefonnummern, die z.B. im Einzelhandel, aber auch in Apotheken, Arztpraxen und bei Behörden prominent angebracht werden. Darüber hinaus können Radiospots und Anzeigen in der Presse die Sensibilität der Menschen für dieses Thema deutlich erhöhen.“, erläutert Tessy Lödermann, Fraktionssprecher, die konkreten Forderungen.

In den Frauenhäusern selbst gibt es viele Fragen, insbesondere hinsichtlich des Vorgehens,

wenn keine Plätze mehr frei sind, der Handhabung bei der Einhaltung von Quarantäne auf engstem Raum und wie vorzugehen ist, wenn eine Überfüllung droht. Gleichzeitig können Platzverweise für Männer, die eigene Wohnung nicht mehr zu betreten, kaum mehr von der Polizei ausgesprochen werden, da auch für die Männer derzeit oft keine alternative Unterbringung mehr möglich ist.

Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen fordert deshalb schnelle und pragmatische Lösungen. Dazu gehört:

- Die massive Bewerbung aller Angebote zu Beratungsstellen über Online und Print Medien sowie in den sozialen Medien. Als ersten Schritt wurde der Grüne Eilantrages vom 28.3.2020 die Notrufnummern auf der Internetseite des Landratsamtes prominent auffindbar zu machen, umgesetzt.

- Über die Sozialarbeit und die psychologischen Kräfte der Landkreis-Schulen sollen Familien, die bisher nicht oder kaum zu erreichen waren, oder bei denen bereits eine Risikosituation bekannt war, verstärkt aktiv aufgesucht und angesprochen werden. Ggf. soll eine Notfallbetreuung für diese Schulkinder, angeboten werden, um die häusliche Situation zu entspannen.

- Der Landkreis mietet Hotels oder Pensionen für die Unterbringung von Opfern häuslicher Gewalt an. Dies ist jetzt – auch im Hinblick auf Sicherheitsmaßnamen - dringend zu klären, damit die Unterbringungsmöglichkeiten auch zur Verfügung stehen, sobald sie benötigt werden.

- Der Landkreis mietet ebenfalls eine Pension an, in der Männer, die der eigenen Wohnung verwiesen werden - bei Fällen mit einer weniger kritischen Bedrohungslage - temporär unterkommen können.

Nicht zuletzt braucht es aber insgesamt auch beim Thema häusliche Gewalt eine Unterstützung der Mitmenschen: „Es gilt, die Menschen grundsätzlich zu sensibilisieren. Klar, in jeder Familie ist es mal laut, gibt es Streit. Bei häuslicher Gewalt ist der Unterschied aber oft deutlich hörbar und oft auch sichtbar. Hier brauchen wir dringend eine Stärkung der Zivilcourage, der Sensibilisierung. Verwandte, Nachbarn, Freund*innen und Kollegen*innen müssen aufmerksam sein, dürfen nicht wegsehen und weghören. Es gilt die richtige Entscheidung, nämlich die Polizei zu rufen, zu unterstützen und den Opfern häuslicher Gewalt zu zeigen, dass wir solidarisch mit ihnen sind und eine Gesellschaft der Gewalt, insbesondere der Gewalt gegenüber Frauen und Kindern, nicht dulden.“, bekräftigt Christl Freier, Vizefraktionssprecherin, die Forderungen.